

Geschäftszahl:
BKA: 2021-0.042.298
BMKÖS: 2021-0.532.787

Zirkulationsbeschluss
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Schwerpunkte Arbeit der Bundesregierung für die 2. Jahreshälfte 2021

Nachdem die erste Jahreshälfte noch stark im Zeichen der Corona-Pandemie gestanden ist, gilt es jetzt den Fokus auf das wirtschaftliche Comeback und die Modernisierung des Landes durch Ökologisierung und Digitalisierung zu legen. Die Bundesregierung hat daher 7 Bereiche als Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Monate definiert. Natürlich wird darüber hinaus weiterhin an allen Themenfeldern des Regierungsprogramms gearbeitet und es werden auch Maßnahmen in anderen Themenbereichen umgesetzt.

1. Ökosoziale Steuerreform

Die Bundesregierung wird eine ökosoziale Steuerreform erarbeiten, die die Ökologisierung des Steuersystems vorantreibt und dabei gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen sowie Familien entlastet.

2. Arbeit & Wirtschaftsstandort

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen haben zu der größten wirtschaftlichen Krise seit dem zweiten Weltkrieg geführt und für viele Menschen Jobverlust oder Kurzarbeit bedeutet. Wichtigstes Ziel ist es daher, die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Darüber hinaus sollen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, in dem die richtigen Rahmenbedingungen für und Investitionen in die Unternehmen und Technologien der Zukunft sichergestellt und damit der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt wird.

3. Bildung

Die Corona-Pandemie hat neben den negativen Auswirkungen auf das Bildungssystem auch zu einem massiven Schub in der Digitalisierung des Bildungssystems geführt. Auf Basis dieser Erfahrungen soll die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden. Darüber hinaus werden die Lehrpläne modernisiert und Maßnahmen gesetzt, damit kein Kind die Schule verlässt, ohne die notwendigen Grundkompetenzen erreicht zu haben.

4. Investitionen in Klimaschutz & Digitalisierung

Den wirtschaftlichen Aufschwung will die Bundesregierung auch dafür nutzen, das Land nachhaltig zu modernisieren. Dafür wird es entsprechende Investitionen in klimafreundliche Technologien sowie den Ausbau der digitalen Infrastruktur geben. Der öffentliche Verkehr soll noch attraktiver werden und die öffentliche Verwaltung noch digitaler und bürgernäher.

5. Pflege

Gerade der Pflegebereich war in der Corona-Pandemie mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Nachdem es in diesem Bereich Dank der Impfung zu einer Entspannung gekommen ist, sollen in den kommenden Monaten langfristigen und nachhaltige Reformschritte mit dem Fokus auf Maßnahmen bezüglich des Pflegepersonals, Hospiz und Palliativausbau und die Finanzierung des Pflegebereichs gesetzt werden.

6. Sicherheit

Auch wenn die Kriminalität Corona-bedingt im vergangenen Jahr rückläufig war, gilt es auch in Zukunft darum, die organisierte Kriminalität effektiv zu bekämpfen durch eine gut ausgerüstete Polizei und die Umsetzung der Neuaufstellung des Staatsschutzes. Die Resilienz des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft im Falle von Krisen und Katastrophen soll weiter gestärkt werden und die Institutionen noch besser zusammenarbeiten.

7. Corona

Durch die Impfung ist es gelungen die Corona-Einschränkungen weitestgehend zurückzunehmen. Auch wenn es in den vergangenen Wochen wieder zu einer steigenden

Anzahl von Neuinfektionen gekommen ist, ist die Lage in Spitälern nach wie vor stabil. Ziel muss dennoch bleiben, Neuinfektionen möglichst zu verhindern. Entscheidend ist, dass in den kommenden Wochen auch gelingt, die jüngere Bevölkerung zu einem hohen Anteil zu motivieren, sich impfen zu lassen. Für den Schulstart im September werden entsprechende Vorkehrungen getroffen, die einen möglichst sicheren Schulstart ermöglichen sollen. Damit es zu keiner erneuten Überlastung der Spitäler mehr kommt, ist es von zentraler Bedeutung die vulnerablen Gruppen durch eine entsprechende Immunisierung weiterhin zu schützen. Daher soll diesen Gruppen eine Auffrischungsimpfung angeboten werden, sobald der Schutz durch die Impfung im ersten Halbjahr nachlässt. Die organisatorischen Vorbereitungen dafür sind entsprechend zu treffen.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

28. Juli 2021

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler